

Aktueller Newsletter der Landtagsabgeordneten und Landtagsvizepräsidentin Heike Hofmann

- Neues aus dem Landtag -

Oktober 2022

Liebe Leserin, lieber Leser meines aktuellen Newsletters,

in der zurückliegenden Plenarwoche des Hessischen Landtags war die Breite der Themen wieder enorm: Vom Landeshaushalt für die Jahre 2023 und 2024, den der Finanzminister eingebracht hat, über den Zustand der hessischen Justiz, zu dem der Justizminister eine Regierungserklärung abgegeben hat, bis zum Wahlrecht ab 16 bei Kommunalwahlen, das wir nachdrücklich fordern.

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2023 und 2024 wird weder den aktuellen massiven politischen Herausforderungen gerecht, noch ist es eine Vorsorge für die Zukunft. Was wir brauchen ist ein energisches, konsequentes und schnelles Handeln der politisch Verantwortlichen in dieser Krise. Das muss auch im Haushalt abgebildet sein. Obwohl für das kommende Jahr 2,4 Milliarden Steuereinnahmen mehr erwartet werden als in diesem Jahr plant der Finanzminister für 2024 immerhin 190 Millionen Euro aus der Rücklage zu entnehmen, die damit fast aufgebraucht ist. Minister Boddenberg übergibt der Nachfolgeregierung eine leere Kasse. Wer so agiert, der geht ganz offensichtlich davon aus, dass er mit der Aufstellung des Haushalts 2025 nichts mehr zu tun hat.

Zum ersten Mal seit fünf Jahren hat ein Justizminister eine Regierungserklärung vor dem Hessischen Landtag abgegeben. Das zeigt den niedrigen Stellenwert der Justiz bei Schwarzgrün. Und es zeigt, wie konsequent sich die frühere Amtsinhaberin vor den Problemen weggeduckt hat. Die Sparmaßnahmen, die die Landesregierung der Justiz in der Vergangenheit auferlegt hat, haben ihre Spuren hinterlassen. Die entstandenen Missstände wurden durch die Landesregierung jahrelang ignoriert. Die hessische Justiz funktioniert noch eingeschränkt, Beschäftigte leiden an gesundheitlichen Schäden aufgrund von Überlastung am Arbeitsplatz und Bürgerinnen und Bürger haben Vertrauen in den Rechtsstaat verloren. Justizminister Poseck hat in seiner Funktion als Präsident des Oberlandesgerichts von einer ‚Bankrotterklärung des Rechtsstaats‘ gesprochen, falls es zur Aufhebung von Haftbefehlen kommen sollte. Und sogar dieser unsägliche Umstand ist eingetreten. Viele Jahre hat die schwarz geführte Landesregierung in der Justiz Personal abgebaut. Das rächt sich nun.

CDU und Grüne haben außerdem den Gesetzentwurf der SPD für ein Wahlrecht ab 16 bei Kommunalwahlen abgelehnt. Schwarzgrün hat deutlich gemacht, dass sie eine echte politische Beteiligung von jungen Menschen nicht wollen. Da hilft es auch nicht, dass die Fraktion der Grünen wiederkehrend betont, dass man zwar für eine Herabsetzung des Wahlalters sei, sich aber im Koalitionsvertrag darauf nicht habe verständigen können. Wir als SPD-Fraktion möchten deshalb noch



einmal betonen: Wir wollen, dass junge Menschen ihre Zukunft selbst mitgestalten können. Das Wahlrecht ist das bedeutendste und vornehmste Recht, um demokratische Legitimation zu erzielen und selbst aktiv mitbestimmen zu können. Die heutige Entscheidung der Mehrheitsfraktionen gegen die Herabsenkung ist daher aus unserer Sicht ein Misstrauensvotum gegen die jungen Wählerinnen und Wähler.

Darüber hinaus habe ich mich im Landtag für ein Aufnahmeprogramm für geflüchtete stark gemacht. Nach dem Abzug internationaler Truppen haben die Taliban wieder die Macht in Afghanistan übernommen. Tausende Menschen sind auf der Flucht. Gerade Frauen und Mädchen werden in weitreichenden Freiheits- und Persönlichkeitsrechten eingeschränkt. Wir als Fraktion fordern daher bereits seit langem ein eigenes hessisches Landesaufnahmeprogramm - bisher jedoch erfolglos. Wir bedauern, dass die Landesregierung nicht schon früher willens war, aus reiner Menschlichkeit die bestehenden Möglichkeiten zur Aufnahme Geflüchteter aus Afghanistan zu nutzen und hoffen nun auf eine schnelle Umsetzung.

Auch die aktuelle Not der Krankenhäuser beschäftigt mich und die SPD Fraktion sehr. Der finanzielle Druck in den Krankenhäusern ist riesig. Wir erinnerten im Plenum daran, dass das Land die Investitionen seit über 20 Jahren vernachlässigt und auch der Zuschuss für 2023 und 2024 die dadurch entstandene Lücke nicht schließen wird. Die fehlenden Investitionen haben negative Konsequenzen für das Personal: Hoher Arbeitsdruck, fehlende Erholung und die fehlende Wertschätzung. „Um Qualität und Wohnortnähe für Patienten und gute und sichere Arbeitsplätze für Beschäftigte zu schaffen, braucht es zwingend gute Rahmenbedingungen und angemessene Investitionen. Die Sicherstellung der Krankenhausversorgung liegt in der Landesregierung.

Alles Gute wünsche ich euch, insbesondere Gesundheit, Glück und Erfolg!

Herzliche Grüße Ihre/Eure

Heike Hofmann, MdL
Landtagsvizepräsidentin